

„Wir wollen keine Schweine“

Schwarzwild Harte Debatte bei der Ostallgäuer Arbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften. „Saufänge“ und andere Bejagungsmethoden diskutiert

VON ARNO SCHAUFLE

Leuterschach/Ostallgäu Zum Teil wurde wild und unverständlich durcheinander gerufen, zum Teil sehr unsachlich und polemisch diskutiert: Hoch ging es her bei der Ostallgäuer Arbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften, als diese in Leuterschach ihre Jahresversammlung veranstaltete. Hart wurde über die Bejagung von Wildschweinen – und etwaige Versäumnisse dabei – debattiert. Der Auslöser für all die Aufregung: ein Vortrag über die „Afrikanische Schweinepest“ (ASP).

Agraringenieur Ulrich Hins hatte als Beauftragter des Bayerischen Bauernverbandes über die für den Menschen ungefährliche Schweinepest referiert. Laut Hins kommt die Krankheit, gegen die es noch keinen Impfstoff gibt, in Afrika bei Warzenschweinen vor und wird von Leder-

zecken übertragen. In Europa wurden die ersten Fälle in Georgien festgestellt, danach habe sich die ASP über den Lebensraum der „Wildschwein-Rotte“ schnell über Russland, Rumänien, Tschechien und Polen ausgebreitet. „Erst, wenn es in einer Befallsregion keine Wildschweine mehr gibt, wird die Seuche verschwinden“, sagte Hins.

Verbote drohen

Der Agraringenieur erklärte, was bei Auftreten der Seuche zu tun sei, sprach über die Keulung aller Schweine in Ausbruchsbetrieben, über Sperrbezirke, Transport- und Schlachtverbote. Hins ging auch auf 21-tägige Jagd- und Grünfutterverbote oder die Fallwildsuche ein – all das müsse dann in dem gefährdeten Bezirk „mindestens in einem Radius von 15 Kilometern“ gelten. Außerdem müsse die Wildschweinpopulation in einem solchen Bezirk durch geeignete Jagdmethoden

deutlich reduziert werden.

Abschließend betonte

Hins, dass die Früherkennung der Seuche flächendeckend und engmaschig unbedingt nötig sei: „Nach wie vor reagieren die Jagdgenossen oft erst, wenn es zu spät ist oder sie sind sich ihrer Verantwortung für den Wildschaden nicht bewusst.“ In der Diskussion forderte danach auch Alois Schmölz, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jagdgenossenschaften, mehr Druck auf die Jagdpächter und auf den „eher bremsenden“ Jagdverband auszuüben. „Wir haben im Allgäu einen Grüngürtel und wollen keine Schweine“, sagte Schmölz. „Auch wir selbst müssen uns mehr bewegen.“ Zudem forderte er, dass die Behörden stärker handeln.

Ludwig Linder, der Revier- und Wildschutzbeauftragte der BJV-Kreisgruppe Füssen, wehrte sich gegen solche Vorwürfe: Es stimme nicht, dass sich der Jagdverband Bayern zu wenig um die Wildschweinbekämpfung kümmere. Der Verband versuche vielmehr zielstrebig, mit allen Verantwortlichen über die Reduzierung zu verhandeln.

Laut Linder könne man den Jägern auch nicht vorwerfen, dass sie wenig Schwarzwild schießen: „Dieses intelligente, urige Wild ist schwer zu fassen, da es immer dort Schaden macht, wo man es nicht vermutet“, sagt er. Zudem finde das Schwarzwild „paradiesische“ Bedingungen wie milde Winter und reichlich Nahrungsangebot vor. Linder appellierte an die Versammelten, die „Grabenkämpfe“ zu beenden und mehr miteinander sprechen. Auch die Landwirte seien dabei gefordert.

Neben einiger Polemik, die daraufhin folgte, ging es auch um Wildschwein-Bejagungsmethoden. So

ging man auf das Errichten von „Saufängen“ ein, die allerdings fachkompetent errichtet und auch kontrolliert werden müssten.

Vorsitzender Schmölz hatte zuvor in seinem Jahresrückblick nicht zuletzt von dem letzten Waldbegang mit Forstdirektor Robert Berchtold erzählt, der – wie berichtet – in den

„Erst, wenn es in einer Befallsregion keine Wildschweine mehr gibt, wird die Seuche verschwinden.“

Agraringenieur Ulrich Hins



Ruhestand gegangen ist. Schmölz dankte Berchtold nochmals für dessen fachkompetente 26-jährige Arbeit für die Waldwirtschaft.

Simon Östreicher vom Forstamt stellte das forstliche Gutachten für 2018 vor. In seinem Rückblick auf 2015 wurden noch zwei Hegegemeinschaften mit tragbarer Verbissituation und elf mit zu hoher Verbissbelastung notiert. Dies kann sich 2018 ändern. Weitere zwölf Hegegemeinschaften wurden mit „Abschuss beibehalten“ und eine mit „Abschuss erhöhen“ beurteilt.

Dann erläuterte er, wie ab 16. März bis Mai die Verbissituation 2018 festgestellt werden soll. Im Juli werden die Inventurergebnisse an die zuständigen Gremien gesandt. Die Hegegemeinschaftsgutachten werden dann im September erstellt. Sie sind Grundlage für die Abschusspläne 2019/22.



Foto: Carsten Rehder, dpa